

DIESE GRÜNEN!



VERKAUFSOFFENER SONNTAG IN WUPPERTAL

■ FRAU SCHOPP UND FRAU WÖRK TREFFEN SICH AM 4. DEZEMBER UM 16.30 UHR IN EINEM GESCHÄFT

Frau Wörk: Ach, Frau Schopp – auch hier? Ich dachte immer, Sie gehen sonntags gern mit der Familie spazieren?
Frau Schopp: Na ja, irgendwie ist Shoppen doch auch Spazierengehen, und außerdem wollte ich mal in Ruhe nach Sonderangeboten stöbern.

Frau Wörk: In Ruhe? Bei dem Trubel? Wenn Sie in Ruhe einkaufen möchten, kommen Sie an jedem anderen Tag, am besten vormittags oder auch gegen Abend, aber doch nicht heute.

Frau Schopp: Aber Frau Wörk, ich sichere doch Ihren Arbeitsplatz, und schließlich könnte ich ja auch im Internet einkaufen, dann haben Sie bald gar keinen Job mehr.

Frau Wörk: Vielen Dank dafür. Und dank meiner flexiblen Arbeitszeit bin ich ja mit meinem Minijob an den anderen Tagen auf Abruf tätig, da habe ich mich echt gefreut, dass ich erst für den Sonntag eingeplant war, dann kam die Absage, weil die Gewerkschaft geklagt hatte, und jetzt stehe ich doch hier im Laden.

Frau Schopp: Aber Sie wissen doch, vor Weihnachten ist halt immer viel zu tun und der schöne Weihnachtsmarkt zieht



doch die Leute in die Stadt, das schafft Umsatz.

Frau Wörk: Stimmt, Weihnachten muss der Umsatz stimmen, da klingeln die Glöckchen und die Kassen. Haben Sie auf dem Weihnachtsmarkt schon den schönen Stand mit den Handyhüllen gesehen? Da kommt echte Feststimmung auf!

Frau Schopp: Nun seien Sie mal nicht

so kritisch, die Leute möchten eben Stimmung, einen Glühwein trinken und den Duft der Leckereien genießen.

Frau Wörk: Ja, gern, aber wissen Sie, dass in den letzten Jahren bei jeder Gelegenheit sonntags die Geschäfte öffnen konnten, ob Halloween, Stadtteilstadt oder so, da bin ich froh, dass es jetzt nicht mehr so viele Termine sind. Frau Schopp: Ist auch wieder wahr,

auch ich kann meine Euros nur einmal ausgeben. Vielleicht fahre ich jetzt nach Hause und zünde mal die zweite Kerze an. Meine Kinder sitzen gern mit mir um den Adventskranz, so mit Tee und Keksen.

Frau Wörk: Ja, darauf freue ich mich auch, aber ich bin noch bis 18.00 Uhr hier. Heute Morgen habe ich es aber immerhin noch geschafft, meinen Barbarazweig zu schneiden.

Frau Schopp: Ihren was? Was für einen Barbarenzweig?

Frau Wörk: Ach, kennen Sie das nicht? Das ist eine christliche Tradition am 4. Dezember, der Zweig eines Obstbaumes blüht dann Heiligabend, das bringt Glück.

Frau Schopp: Na ja, mit Kirche habe ich es nicht so, wissen Sie, für mich ist Weihnachten das Fest der Geschenke und der Familie.

Frau Wörk: Na, da habe ich ja Glück, dass ich Heiligabend nur bis 14.00 Uhr arbeiten soll, dann schaffe ich es vielleicht noch im Hellen nach Hause und kann noch etwas mit den Kindern raus, bevor dann der Konsumtrubel ein Ende hat.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt gute Nachrichten aus Düsseldorf: die rot-grün geführte Landesregierung hat ein Förderprogramm „Gute Schule 2020“ aufgelegt, wodurch Wuppertal knapp 50 Millionen Euro zusätzlich für die Sanierung von Schulen, die Verbesserung von Schulinfrastruktur und Sportstätten zur Verfügung hat. Dadurch wird auch der dringend nötige Bau einer Sporthalle für die sechste Gesamtschule schneller möglich. Wir informieren Sie auch über den Sachstand einer Radabstellanlage und die Mehrkosten am Döppersberg, darüber, was sich Wuppertal zum Thema Inklusion vorgenommen hat und vieles mehr.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam

DAS MOBILE MELDEAMT

■ ICH PACKE MEINEN KOFFER UND NEHME MIT ...

Ich habe einen neuen Koffer, der steht im Rathaus in Barmen, den packe ich und nehme mit:

- einen Drucker,
- einen Drucker und einen Scanner,
- einen Drucker, einen Scanner und eine Tastatur,
- einen Drucker, einen Scanner, eine Tastatur und ein Dienstsiegel,
- einen Drucker, einen Scanner, eine Tastatur, ein Dienstsiegel und einen Fingerscanner,
- einen Drucker, einen Scanner, eine Tastatur, ein Dienstsiegel, einen Fingerscanner, Formulare, Papier, einen Kugelschreiber und ein Verbindungskabel.

Natürlich habe ich einen Anreiseweg, aber der fällt in meine Arbeitszeit, und die vielen Menschen, die zu mir kommen, haben auch Anreisewege, nicht so lang wie früher, nein, viel kürzer, aber eben alle!

Nach getaner Arbeit fahre ich zurück ins Rathaus und packe meinen Koffer für Montag. Ich nehme mit:

- einen Drucker,
- einen Drucker und einen Scanner,
- einen Drucker, einen Scanner und eine Tastatur,
- einen Drucker, einen Scanner, eine Tastatur, ein Dienstsiegel usw.

Mein Koffer hat übrigens auch einen Namen. Er heißt „Bürgerkoffer“ und ist eine mobile Meldestelle. Er kostet mit Inhalt 5.000 Euro. Für das, was er kann, gar nicht so teuer, oder? Leider ist mein Koffer noch ein Wunschtraum, aber bald ist ja Weihnachten!

Jetzt ist mein Koffer voll! Er wiegt 15 kg, das kann ich problemlos tragen. Ich nehme ihn mit: montags und dienstags nach Cronenberg, mittwochs und donnerstags nach Ronsdorf, freitags nach Langerfeld/Beyenburg.

Im Bürgerbüro warten schon Menschen auf mich. Sie freuen sich, wenn ich komme, denn nun kann ich in Berlin Personalausweise und Pässe für die Menschen bestellen. Ich kann sie an-, um- und abmelden. Ich beglaubige Urkunden und Formulare. Führungszeugnisse können auch bei mir beantragt werden.



Foto: © Bundesdruckerei

KITAS: PILOTPROJEKT

■ FLEXIBLERE ÖFFNUNGSZEITEN



In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde unser Antrag zu einem Pilotprojekt von vier bis fünf Kitas mit flexibleren Öffnungszeiten (7.00 Uhr bis 18.00 Uhr) von SPD und CDU arg beschnitten.

Nun soll von der Verwaltung zunächst ein pädagogisches Konzept und ein Personalkonzept entworfen werden, welches in einem zweiten Schritt an nur einer bis zwei Kitas erprobt werden soll. Also kommt erst einmal ein Verwaltungspapier, ohne dass die Praktiker*innen beteiligt werden, wie wir es beantragt hatten. Dabei gibt es in Wuppertal zumindest schon zwei Einrichtungen freier Träger, die entsprechend flexiblere Öffnungszeiten erfolgreich anbieten. Dass ein Bedarf an flexibleren Öffnungszeiten besteht,

hat die letzte Elternbefragung der Stadt eindeutig erwiesen. Hierbei geht es den Eltern nicht darum, ihr Kind für mehr Stunden pro Woche in der Betreuung zu belassen. Eine flexiblere Öffnungszeit ist jedoch aufgrund der modernen Arbeitswelt und vielfach längerer Arbeitswege dringend nötig. So wurden wir zum Beispiel von Lehrer*innen angesprochen, sie stünden seitens der Schulleitung unter Druck, da sie aufgrund der bisherigen Betreuungszeiten nie in der ersten Stunde arbeiten könnten.

Wir hoffen, dass das zugesagte Personal- und Pädagogikkonzept von der Verwaltung schnell vorgelegt wird und die Umsetzung von Elternwünschen nicht mit der Geschwindigkeit einer Wanderdüne geschieht.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Gastkommentar:
Politik muss Kinderarmut
wirksam bekämpfen

Seite 3
Das Karussell dreht sich ...
Sporthalle Kruppstraße,
Sportplatz Nevigeser Straße,
Stadionnebenplatz

Seite 4
Bürgergutachten zur Seilbahn

Seite 5
Aktuelle Finanzsituation der
Stadt – Mehrkosten Döppers-
berg und Nachtragshaushalt



GASTKOMMENTAR: POLITIK MUSS KINDERARMUT WIRKSAM BEKÄMPFEN

■ VON JOACHIM HEISS, GESCHÄFTSFÜHRER DER ALTEN FEUERWACHE

Jedes dritte Kind in Wuppertal ist von Armut betroffen. Für die Kinder, die das Pech haben, in eine niedrige Statusgruppe hineingeboren zu werden, bedeutet das: Sie sind häufiger krank, sie haben eine deutlich niedrigere Lebenserwartung, wenig Geld für (gesundes) Essen und eine sehr geringe Chance, eine gute Ausbildung und ein gutes Einkommen zu erreichen, um somit am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Arm bleibt arm – und das über Generationen hinweg

Dies ist sicherlich nicht nur ein Problem in Wuppertal, einige Städte in Deutschland haben eine noch höhere Quote. Die Kinderarmut nimmt bundesweit zu. Es wird deutlich, dass die existierenden Maßnahmen nicht ausreichen, um Armut zu vermeiden und Chancengleichheit zu ermöglichen.

Was ist also zu tun?

Mehr Präventionsangebote

Seit Jahren wirbt die Alte Feuerwache dafür, mehr präventive Angebote zu schaffen. Die von uns gegründeten „8samkeitsgruppen“ können nachweislich die gesundheitliche Situation der Kinder deutlich verbessern.



Ein weiterer Erfolg ist, dass es Kinder mithilfe dieser Gruppen schaffen, einen höheren Schulabschluss zu erreichen. Sie verbessern somit ihre Chancen, in der Zukunft aus eigener Kraft ein höheres Arbeitseinkommen zu erzielen. Der vorgezeichnete Weg in die Hartz-IV-Abhängigkeit ist damit durchbrochen. Auf lange Sicht werden durch Prävention hohe Folgekosten verhindert, die später für Hilfen zur Erziehung oder sanktionierende Maßnahmen aufgebracht werden müssen. Die Politik müsste also die Cou-

rage aufbringen, jetzt Maßnahmen zu beschließen, die erst nach mehreren Wahlperioden Einsparungen bedeuten. Aktuell kann die Alte Feuerwache nur mit Hilfe bürgerschaftlichen Engagements ihre Präventionsangebote durchführen.

Frühkindliche Bildung

Das Schicksal vieler Kinder ist bereits im Kindesalter besiegelt, denn Deutschland gibt im Vergleich zum Beispiel zu den skandinavischen Ländern wenig Geld im Bereich der frühkindlichen Bil-

dung aus. Wuppertal nimmt im Städtevergleich bei den Betreuungsangeboten einen abgeschlagenen Platz ein. Auch hier setzt die Alte Feuerwache an: Wir planen, auf dem Gelände des Mirker Bahnhofs einen Kindergarten zu bauen. Unser Ziel ist es, mit den Erkenntnissen der Resilienz-, Bindungs- und Lernförderung die Bildungschancen der hier lebenden Kinder schon im Kindergartenalter zu verbessern.

Finanzierung

Für die Finanzierung starten wir im neuen Jahr eine Crowdfunding-Aktion. Das Geld ist gut angelegtes Geld. Nobelpreisträger James Heck-

mann hat belegt: Ein Euro, der in die frühkindliche Bildung investiert wird, hat einen deutlich höheren gesamtwirtschaftlichen Nutzen als ein Euro, der für Bildung an Universitäten ausgegeben wird. Im Jahr 2017 findet die Landtags- und Bundestagswahl statt. Hier wird man sehen, wer es ernst meint, Armut wirklich zu bekämpfen, um die Spaltung der Gesellschaft abzuwenden.

Und im September 2017 wird die Alte Feuerwache 26 Jahre alt. Wir hoffen, an diesem Geburtstag nicht wieder Kinderarmut in Wuppertal feiern zu müssen.



BHC-ARENA AUF DER ZIELGERADEN?

■ CDU VERSCHIEBT, FRAGT UND STIMMT DANN DOCH ZU

Die Überraschung war groß, als die CDU am 8.9.2016 in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zur BHC-Arena auf der Fläche Piepersberg-West Beratungsbedarf anmeldete.

Die Entscheidung in Wuppertal wurde also vertagt, während in Solingen bereits über die weitere Planung der Eventhalle beraten wurde. Wir waren gespannt auf die Fragen der CDU. Knapp zwei Monate später, am 3.11., war es dann so weit. Acht Fragen wurden gestellt, u.a. zu der politischen Beteiligung an den Standortalternativen, zur Erschließung der Fläche am Piepersberg, zu anderen Nutzungsmöglichkeiten der Fläche (z. B. für Einzelhandel), zu Lärm und zum Nutzungskonzept. Sinnvolle Fragen, die von der Verwaltung ausführlich beantwortet wurden. Die Schlussfolgerung aus den Antworten war für die CDU dann die Zustimmung – ohne größere Diskussion. Insbesondere ein schlüssiges Nutzungs- und Finanzierungs-



konzept und die wirtschaftliche Tragfähigkeit bleiben weiter ungeklärt.

Für uns GRÜNE ist die Bebauung von Piepersberg-West mit einer Eventhalle keine sinnvolle Lösung, denn die landwirtschaftlich genutzte Fläche liegt in einem sensiblen Gebiet, das nicht weiter bebaut werden sollte. Diese Entscheidung müssen allerdings

die Solinger*innen treffen. Da die Erschließung über Wuppertaler Stadtgebiet erfolgen soll, sind hier Gutachten über die Verkehrsbelastung und den entstehenden Lärm notwendig. Die Vorentscheidung ist gefallen, Solingen hat zugestimmt, den Bau der Arena Bergisch Land weiter zu betreiben, jetzt ist der BHC am Zug, Konzepte und Gutachten zu liefern.

WUPPERTAL ALS FAHRRADSTADT

■ RADABSTELLANLAGE AM DÖPPERSBERG

Wuppertal soll Fahrradstadt werden. Dazu gehören Radwege, aber auch Möglichkeiten, das Rad sicher abzustellen.

Das Konzept der Stadtverwaltung vom Juni 2016 hatte viel zu bieten: eine Radstation mit Bedienung und der Möglichkeit der Fahrradreparatur sowie eine Rampe vom Busbahnhof, um von dort direkt zur Radstation zu gelangen. Was jetzt als abgespeckte Lösung vorgeschlagen wurde, hat zwar 120 Plätze für Fahrräder in so-

nannten Doppelparkern und 30 Boxen für E-Bikes, aber keinerlei Serviceeinrichtungen. Trotzdem entstehen 11.000 Euro Betriebskosten pro Jahr.

Der Weg zur Radstation

Auf die Frage, wie ein Rad fahrender Mensch mit dem Rad von der Elisabeth-Schniewind-Straße (die Straße entlang der Bahndirektion zu Gleis 1) zur Radstation kommen könne, antwortete Dezernent Frank Meyer in der Ratssitzung am 14. November: schiebend bis zum Fahrstuhl vor der ehe-

maligen Bahndirektion, dann auf die untere Ebene und dann schiebend zur Radstation. Denn das Radfahren ist auf beiden Ebenen des Vorplatzes verboten. Diese Radstation passt zu einem Kleinstadtbahnhof, aber nicht zur siebzehntgrößten Stadt in Deutschland. Das Konzept Fahrradstadt wird hier nicht ernsthaft umgesetzt. Das ist keine befriedigende Lösung! Wir haben der Drucksache schweren Herzens zugestimmt, weil gar keine Radabstellanlage auch keine Lösung ist.

EIN WUPPERTAL FÜR ALLE

■ WIR SIND AUF EINEM GUTEN WEG

Die Fortschreibung des Handlungskonzeptes Inklusion liegt nun vor und der Bericht zeigt, dass wir in Wuppertal auf einem guten Weg sind!

Er fordert uns aber auch auf, darüber zu reden, wie wir Inklusion in Wuppertal erreichen können. Das haben wir bereits in den Ausschüssen getan, wo zu verschiedenen Themenbereichen Anregungen eingebracht wurden. Nun soll der Bericht auf unseren Vorschlag hin auch in den Bezirksvertretungen diskutiert werden. Die Anregungen werden dann in den weiteren Prozess aufgenommen. Und es ist wichtig, sich in diesen Prozess einzubringen, denn ein inklusives Lebensumfeld kann uns allen irgendwann nutzen. Viele Schritte hin zu „einem Wuppertal für alle“ sind schon umgesetzt worden.

Zunächst benennen wir einige Dinge, die von allgemeiner Bedeutung sind. Inklusion bedeutet gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen, so fordert es die UN-Behindertenrechtskonvention. Ein ganz entscheidender Bereich ist dabei die Teilhabe am Arbeitsleben. Hier besteht noch großer Handlungsbedarf, vor allem bezüglich der Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderung.

Dabei sollte auch die Stadt ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Sie könnte zum Beispiel Praktikumsplätze anbieten, um einen Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Gewalt gegen Menschen mit Behinderung, speziell gegen Frauen, ist ein Problem vor allem in Wohnheimen und Werkstätten. Deshalb ist es gut und richtig, dass der Entwurf des Behindertenteilhabegesetzes des Bundes die Einrichtung von Frauenbeauftragten in solchen Einrichtungen zwingend vorschreibt. Es wäre aber auch hilfreich,

eine neutrale Stelle zu haben, an die sich Menschen mit Behinderung wenden können, wenn sie Gewalt erfahren haben oder von Gewalt bedroht sind. Um diesen Menschen auch die Möglichkeit zu geben, sich über wichtige Angebote zu informieren, ist die Nutzung von Leichter Sprache eine Grundvoraussetzung. Diese sollte zügig in allen Bereichen der Verwaltung eingeführt werden, denn sie hilft nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch Zugewanderten, die unsere Sprache (noch) nicht so gut beherrschen.

Gleichzeitig ermöglicht die Leichte Sprache auch die Teilhabe an politischen Prozessen, eine Entwicklung, die wir aktiv vorantreiben, indem wir die Ratssitzungen für Menschen mit Hörbehinderung zugänglich machen. Doch um Inklusion weiter voranzubringen, müssen Politik und Verwaltung sich die Auswirkungen jeder einzelnen Entscheidung auf den Inklusionsprozess vor Augen führen. Dafür sollte es künftig eine Entscheidungshilfe geben, die positive und negative Auswirkungen darstellt. Und wir sollten natürlich nicht vergessen, Menschen mit Behinderung als Expert*innen in eigener Sache bei allen Entscheidungen hinzuzuziehen. Denn erst wenn Inklusion in den Köpfen angekommen ist, wird der Prozess zügig voranschreiten.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sagt in ihrem Vorwort zum Landesaktionsplan Inklusion: „Ich bin fest davon überzeugt: Inklusion kann und wird gelingen, nicht von heute auf morgen, aber Tag für Tag ein Stück auf dem Weg zu einer Gesellschaft für alle. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass der Weg dorthin so kurz wie möglich ist.“ Das wünschen wir uns auch für Wuppertal!

DAS KARUSSELL DREHT SICH ...

■ SPORHALLE KRUPPSTRASSE, SPORTPLATZ NEVIGESER STRASSE, STADIONNEBENPLATZ

Rund um den Neubau der Sporthalle für die Gesamtschule Kruppstraße wird jetzt unter Federführung von Oberbürgermeister Andreas Mucke am großen Rad gedreht.

Ziel ist es, die Sportangebote auf dem Sportplatz Nevigeser Straße und die Arbeit der Horst-Buhtz-Stiftung zum eigentlich schon aufgegebenen Stadionnebenplatz zu transferieren. Dazu stellen sich natürlich viele Fragen. Dem Sportausschuss wurde im Jahr 2015 im Stadion am Rande einer Sportausschusssitzung von Verantwortlichen des WSV erklärt, sie wollten ein Leichtathletik-Werferzentrum (Kugelstoßen, Speerwerfen, Diskus) entwickeln, bestehend aus Stadionnebenplatz und der ausgebauten historischen Turnhalle.

Davon ist jetzt keine Rede mehr, denn die gesamte Fußballjugendabteilung des Wuppertaler SV soll nun von der Nevigeser Straße zum Stadionnebenplatz umziehen. Dazu ist es erforder-



lich, dass ein neuer Kunstrasenplatz gebaut wird. In diesem Zusammenhang muss die Kunststoffabdeckung der Mülldeponie, die unter dem Stadionnebenplatz schlummert, auf Beschädigungen überprüft werden. Hintergrund ist, dass der Stadionnebenplatz in der Vergangenheit auch als Kirmesplatz genutzt und bei der Befestigung von Kirmesangeboten beschädigt wurde.

Es bleibt zudem zu klären, was aus der Leichtathletikabteilung des WSV wird, in der zurzeit die leistungsstärksten Leichtathleten Wuppertal trainieren. Die Horst-Buhtz-Stiftung kümmert sich um benachteiligte Jugendliche aus Wuppertal, die Förderung in der Schule bekommen sollen, aber natürlich auch Fußball spielen wollen. Die Frage ist, welche und wie viele Räume die Stiftung für ihre Arbeit benötigt und wel-

che Raumkapazitäten es noch im Stadiongebäude gibt, die auch genutzt werden könnten. Könnte nicht z.B. der Raum für Pressekonferenzen unter der Woche als Klassenraum dienen?

Die gesamte Maßnahme soll durch den Teilverkauf des Sportplatzgeländes Nevigeser Straße an einen privaten Investor im Rahmen eines Bietverfahrens finanziert werden. Auf der Restfläche sollen dann eine Dreifach-Sporthalle und eine Turnhalle für den Sportunterricht der Gesamtschule Kruppstraße entstehen. Allerdings soll die Sporthalle ohne Tribüne gebaut werden, obwohl sie nicht nur von der Gesamtschule, sondern auch von den Wuppertaler Sportvereinen genutzt werden wird.

Die Sportvereine, die sich momentan ohne eine weitere Benutzungszeitentwicklung in der Sporthalle Gathe knubeln, sehnen die Fertigstellung der Sporthalle Kruppstraße herbei, damit sie z.B. in den Handball-, Basketball- und Volleyballabteilungen mehr

Spielzeiten, bessere Trainings und eben auch Wettkämpfe anbieten können. Turniere und Endrundenspiele könnten in der neuen Halle durchgeführt werden. Doch wo sollen die Zuschauer*innen sitzen, die ihre Mannschaften anfeuern wollen, wenn es keine Tribüne gibt? Diese Frage ist bisher ungeklärt und muss von Verwaltung, Stadtspitze und Stadtkämmerer Johannes Slawig beantwortet werden. Auch die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg unterstützte in ihrer Sitzung am 24.11. die Forderung nach einer Tribüne. Die einzige Bedingung ist, dass durch die Prüfung keine Zeit beim Bau der Sporthalle verloren gehen darf. Eine Bedingung, die GRÜNE nur unterstützen können, denn momentan müssen die Schüler*innen für den Sportunterricht durch die halbe Stadt fahren. Dadurch geht bis zu 2/3 der Sportzeit für die An- und Abfahrt verloren. Diese Situation muss so schnell wie möglich behoben werden, damit der Sportunterricht wieder voll genutzt werden kann.

UMWELTSPUR AUF DER B7?

■ RADFAHRENDE SIND GERN KOMPROMISSBEREIT



Als die B7 in Höhe Döppersberg gesperrt wurde, war der Aufschrei groß.

Der wichtigste Verbindungsweg in Wuppertal entlang der Talachse wurde unterbrochen und der Verkehr muss seitdem lange, umständliche Umwege in Kauf nehmen.

Zwar ist auch für Radfahrende die B7 gesperrt und große Abschnitte der B7 sind auch ohne Sperrung, gelinde gesagt, für den Radverkehr eher suboptimal. Trotzdem ist die B7 für Radfahrende die schnellste Verbindung von Ost nach West, ohne Steigungen. Dass Wuppertal darum eine hochwertige und sichere Radverkehrsverbindung von Ost nach West braucht, ist eindeutig. Die B7 ist dazu ideal. Der Verbindungsweg ist breit und bietet reichlich Platz entlang der gesamten Strecke. Auch die IG Fahrradstadt spricht sich für eine derartige Verbindung aus.

Deshalb ist die Idee entstanden, eine Umweltspur auf der B7 einzurichten. Diese Spur teilen sich zwei Partner im Umweltverbund: der Bus- und Radverkehr. Meistens wird dazu eine Busspur für den Radverkehr freigegeben. Das

hat sich übrigens in ganz Deutschland seit Jahren als sichere Lösung bewährt. Die novellierte Straßenverkehrsordnung sieht darum vor, dass in Abwesenheit von Radwegen die Busspur für den Radverkehr freigegeben werden muss und Radfahrende nicht länger gezwungen sind, links daneben zu radeln.

Beide Partner im Umweltverbund würden mit einer Umweltspur entlang der Talachse gewinnen. Für den Rad- und Busverkehr würde ein schneller, sicherer Weg von Ost nach West entstehen. Es mag sein, dass man für Radfahrende auch andere, sogar bessere Infrastruktur bauen könnte. Gerade Wuppertal wäre jedoch mit einer Umweltspur auf der B7 sehr geholfen. Die Busbeschleunigung an Knotenpunkten würde endlich erfolgen und Radfahrende hätten eine sichere und schnelle Radverkehrsverbindung entlang der Talachse.

Was eine sichere, schnelle Radverkehrsverbindung für eine Stadt bedeuten kann, kann man sich tagtäglich auf der Trasse anschauen. Mit guter Infrastruktur kommen immer die Nutzer*innen!

GESUNDHEITSVERSORGUNG VON FLÜCHTLINGEN

■ GRÜNE BEANTRAGEN SACHSTANDSBERICHT

Wuppertal ist in Bezug auf die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen gut aufgestellt. Deshalb hat die GRÜNE Fraktion auch im Frühjahr die Entscheidung mitgetragen, aus Kostengründen die Gesundheitskarte für Flüchtlinge nicht einzuführen. Die Begründung der Verwaltung war für uns plausibel.

Jetzt möchten wir von der Verwaltung einen Sachstandsbericht vorgelegt bekommen, da die gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten einige Besonderheiten mit sich bringt. Da geht es einmal um Sprachbarrieren, die überwunden werden müssen. Es geht aber auch darum, kulturell unterschiedliche Herangehensweisen an das

Thema Gesundheit zu berücksichtigen. Das ist ganz entscheidend im Bereich der sogenannten „sprechenden Medizin“, also bei Psychologie und Psychotherapie. Darauf sollte der Bericht einen Schwerpunkt legen, denn viele Menschen haben in ihren Herkunftsländern und während der Flucht schreckliche Erfahrungen gemacht. Diese müssen in jedem Falle aufgearbeitet werden, um eine gute Integration zu gewährleisten. Zwar sind nicht alle Geflüchteten im engeren Sinne traumatisiert, aber auch das gilt es erst einmal herauszufinden. Und wenn man dann noch einen Blick auf das Thema genderspezifische Medizin wirft, wird man schnell feststellen, dass Frauen oft andere Sym-

ptome zeigen und auch teilweise anders behandelt werden müssen als Männer. Interessant ist ebenfalls, dass in vielen Kulturen die Frauen die „Gesundheitsmanagerinnen“ in ihren Familien sind. Auch hierin könnte eine wichtige Erkenntnis für eine gute Versorgung liegen.

Wir erhoffen uns von dem Bericht, dass er auf die Erfahrungen der vergangenen Monate eingeht und darstellt, wo die Verwaltung noch Möglichkeiten der Verbesserung sieht. In der Ratssitzung am 14. November haben wir uns besonders darüber gefreut, dass unser Antrag im Rat mit großer Mehrheit angenommen wurde.

NEUE WEGE, NEUE FREIHEITEN

Autofreier Tag 2017 unter Schirmherrschaft von OB Mucke

Jedes Jahr am 22. September findet weltweit der Autofreie Tag statt. Dieser Tag wird zwar von einigen als Tag des Verzichts interpretiert, dient aber auch immer mehr als Augenöffner. Es kann eine wahre Befreiung sein, alltägliche Wege per Bus, zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen. Die Zeiten, in denen das Auto als rationelles und sinnvolles Verkehrsmittel betrachtet wurde, sind eindeutig vorbei. Ähnlich

scheinen es auch die Schüler*innen des Gymnasiums Bayreuther Straße und der Gesamtschule Uellendahl-Katernberg zu sehen. Sie reichten am 13. Juni im Rathaus eine Bürgeranregung für einen Autofreien Tag ein. Diese wurde im Verkehrsausschuss am 27. Oktober beraten. Die GroKo tat sich in der Sitzung sichtbar schwer, sich zu diesem Antrag zu positionieren, nach der langen Zeit der Untätigkeit war das Ergebnis ein Prüfauftrag. Progressiv ist anders ... 2017 wird nach drei Jahren Bauzeit die B7 wieder durchgängig

befahrbar sein. Also alles beim Alten? Wohl kaum! Der Abgas-Skandal zieht weitere Kreise, Dieselfahrzeugen droht das Aus, und viele Städte stehen vor Fahrverboten. Das alles zeigt, wie wertvoll der Autofreie Tag ist. Er ist tatsächlich der Augenöffner, den wir so dringend brauchen. Seit Generationen gilt die Dominanz des Autos im Straßenbild als Normalität – mithilfe des Umweltverbunds können die Menschen ihre Stadt, ihre Gesundheit und ihre Mobilität zurückerobert. Nutzen wir die Chance!

NACHRUf GRÜNE trauern um Monika Biskoping

Viel zu früh, im Alter von 64 Jahren, verstarb Monika Biskoping am 31. Oktober. Mit ihr verliert die Stadt Wuppertal ihre engagierte pädagogische Leiterin der Bergischen Volkshochschule. Wir GRÜNEN verlieren eine couragierte Mitstreiterin und Freundin. Sie war von 2006 bis 2011 im Vorstand des Kreisverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aktiv und hat sich für zahlreiche GRÜNE Themen eingesetzt. Wir werden ihre herzliche, kluge, offene und den Menschen zugewandte Persönlichkeit sehr vermissen. Unsere Anteilnahme gilt ihrer Ehefrau, ihrer Familie und ihren Freundinnen und Freunden.



GASTKOMMENTAR: BILDUNG ZUKUNFTSFÄHIG

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

G8 oder G9 – diese Frage bewegt das Land wie kaum eine zweite, seit die Regierung Rüttgers die Schulzeit an Gymnasien 2006 in der Sekundarstufe I um ein Jahr kürzte, ohne den Lehrplan zu straffen, Lehrer*innen fortzubilden oder Schulbücher anzupassen. Die Überforderung aller an Schule Beteiligten – Lehrer-, Schüler- und Elternschaft – wurde immer deutlicher, die Proteste immer lauter. 2011, zu Beginn der rot-grünen Regierungszeit im Land, gaben wir den Schulen die Möglichkeit, an einem Modell teilzunehmen mit dem Ziel, zu G9 zurückzukehren. Nur einige wenige Schulen erklärten sich damals dazu bereit. An der „Entschlackung“ von Schule, um G8 verträglicher zu machen, beteiligten sich hingegen viele, und ich glaube, dass uns das in weiten Teilen auch gelungen ist.



Foto: Privat

Kernaufgabe von Schule ist die bestmögliche Förderung eines jeden Kindes. Dass das an den individuellen Fähigkeiten ausgerichtet sein sollte, erscheint logisch im allgemeinen Schulverständnis, zumal in vielen Schulen bereits verstärkt individuell gefördert wird. Alle Begabungen annehmen und zu individuellen Lernzielen führen – das soll auch in den weiterführenden Schulen intensiviert werden. Wir wollen für die Gymnasien neue Wege eröffnen. Das Modell von Sylvia Lohmann sieht vor, dass die Gymna-

sien unter Beachtung eines allgemeingültigen schulrechtlichen Rahmens ein Abitur nach acht oder neun Jahren ermöglichen können. Die gymnasiale Oberstufe bleibt aber dreijährig. Das bedeutet, dass die individuelle Lernzeit in den Klassen 7 bis 10 stattfindet. Je nach Modell kann den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit eröffnet werden, am Unterricht höherer oder niedrigerer Jahrgangsstufen teilzunehmen, individuelle Lernzeiten zu nutzen oder in Wahlpflichtfächern zu arbeiten. Alle Gymnasien sollen den mitt-

leren Schulabschluss anbieten, damit auch diejenigen, die nicht bis zum Abitur mitgehen, mit einem qualifizierten Abschluss von ihrer Schule gehen können.

Wir werden unsere Pläne nicht sofort umsetzen können. Die geplante Schulgesetznovelle muss natürlich vom neuen Landtag nach der Wahl im Mai kommenden Jahres beschlossen werden. Aber wir wollen pragmatisch ermöglichen, was schon jetzt geht. Und das ist die Planung einer Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte im kommenden Schuljahr. Alles Weitere – Beginn der zweiten Fremdsprache ab der 7. Klasse, Einführung individueller Lernzeiten etc. – soll zum Schuljahr 2019/20 für alle Schulen eingeführt werden. Allerdings wollen wir auch an dieser Stelle Freiheiten lassen: sollten sich Schulkonferenzen anders entscheiden, sollen sie die individuellen Lernzeiten natürlich bereits ein Jahr früher, nämlich 2018/2019 einführen können. Pragmatisch und das lernende Kind im Fokus – so wollen wir die Schule des 21. Jahrhunderts gestalten. Ein erster Schritt dazu ist getan.



WUPPERTALER PSYCHIATRIEBERICHT

■ ES GIBT NOCH EINIGES ZU TUN

Man sieht es ihnen oftmals nicht an, aber es gibt mehr von ihnen, als man denkt – Menschen in unserer Stadt, die unter psychischen Erkrankungen leiden und umfassender Unterstützung bedürfen. Damit ist nicht nur eine gute medikamentöse Einstellung gemeint, sondern auch Beratung, Therapie und Selbsthilfe. Der nun vorgelegte Psychiatriebereicht gibt auf 150 Seiten einen sehr guten und ausführlichen Überblick.

Dabei wird deutlich, dass Wuppertal und das bergische Städtedreieck in Gänze zwar sehr gut aufgestellt sind, es aber trotzdem noch Verbesserungspotenzial gibt. Hier ist in erster Linie das Zusammenspiel von Kostenträgern wie z.B. Krankenkassen, Rentenversicherungsträgern und Berufsgenossenschaften mit den Trägern der ambulanten und stationären psychiatrischen Versorgung sehr wichtig. Eine durchschnittliche Belegungsquote der Stiftung Tannenhof als für Wuppertal zuständiges Fachkrankenhaus mit zuweilen 117 % ist weder für Patient*innen noch für das Personal dauerhaft tragbar.

Circa 60.000 Wuppertaler*innen erleben in ihrem Leben eine – zuweilen nur kurzzeitige – Episode einer psychischen Störung. Das häufigste Krankheitsbild ist die Depression bzw. eine Angststörung. Auch die Anzahl derer, die durch Drogenmissbrauch in eine psychische Erkrankung rutschen, ist

hoch. In Wuppertal fehlt es an der stationären Versorgung, bei den ambulanten Hilfen, wie dem Ambulanten Betreuten Wohnen, ist die Situation jedoch zufriedenstellend, trotz steigenden Bedarfs.

Zum Ende des Jahres 2013 gab es bereits 913 Personen im Ambulanten Betreuten Wohnen. Diese Zahl ist fast dreimal so hoch wie die derjenigen Personen, die dauerhaft in einem Wohnheim für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen leben. Ähnlich wie in der Jugendhilfe nimmt auch in der Arbeit mit Menschen mit psychischen Erkrankungen die ambulante Versorgung einen höheren Stellenwert ein. Dies ist wichtig und richtig, denn Menschen mit Depressionen, Angststörungen etc. gehören nicht an den Rand der Gesellschaft, sondern sind ein Teil von ihr.

Der Bericht macht auch deutlich, dass die Arbeit der sozialpsychiatrischen Zentren und die Angebote für erkrankte Kinder und Jugendliche personell und strukturell weiter ausgebaut werden müssen. Daran führt kein Weg vorbei. Das ist eine notwendige Investition in die Zukunft der betroffenen Menschen, damit auch ihre Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt und ihnen ein eigenverantwortliches Leben möglich bleibt. Das ist aufgrund sinkender Folgekosten bei erfolgreicher Behandlung und Therapie auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

VORHANG AUF! THOMAS BRAUS

■ IST NEUER SCHAUSPIELINTENDANT

Eine schnelle Entscheidung in Sachen Nachfolge von Schauspielintendantin Susanne Abbrederis, die gutes Sprechtheater in Wuppertal präsentierte und auf eigenen Wunsch zum Ende der Spielzeit Wuppertal verlassen will, konnte der Aufsichtsrat der Wuppertaler Bühnen für die Spielzeiten 2017/2018 und 2018/2019 verkünden. Thomas Braus, das Gesicht des Wuppertaler Sprechtheaters seit der Spielzeit 2001, konnte das Aufsichtsgremium mit seinem Konzept überzeugen.

Was waren die Gründe für die schnelle Entscheidung? Man wollte ein langes Bewerbungsverfahren vermeiden, um rasch Planungssicherheit für die nächste Spielzeit zu bekommen und die für die Disposition notwendige Zeit, damit gute Regisseure und junge Schauspielabsolvent*innen verpflichtet werden können. Beindruckt war man auch davon, mit wie viel Energie Braus um jüngeres Publikum kämp-

fen und in allen Schulformen mit dem Ausbau der Theaterpädagogik junge Menschen zur Mitarbeit einladen will. Auch zum Thema „Zusammenarbeit mit der freien Kulturszene“ blieb er keine Antwort schuldig. Er will um sein Stadttheater einen Format-Schutz ziehen, aber der freien Szene in der spielfreien Zeit das Theater am Engelsgarten öffnen. Diese Überlegungen, gepaart mit der Ankündigung, mehr im Opernhaus zu spielen, um die Anregungen aus dem Actori-Gutachten aufzunehmen, machten es der GRÜNEN Ratsfraktion einfach, sich hinter Thomas Braus zu stellen, ihn in seiner Arbeit zu unterstützen und seinen Weg mitzugehen.

Mit Schauspielern, die später Intendanten wurden, hat die Stadt Wuppertal in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht, war doch der legendäre Arno Wüstenhöfer Schauspieler von Beruf, bevor er die Intendanten übernahm.

BÜRGERGUTACHTEN ZUR SEILBAHN

■ HANDFESTES VOM DEZERNAT FÜR BÜRGERBETEILIGUNG



Am Freitag, dem 4. November, folgten zirka 100 Gäste einer Einladung ins Rathaus und kamen zur offiziellen Übergabe des Bürgergutachtens zum Projekt Seilbahn.

Insgesamt 47 Bürgergutachter*innen hatten sich vier Tage lang Zeit genommen, um das Seilbahnprojekt zu begutachten. 37 Personen sprachen sich für eine Fortsetzung der Planung einer Seilbahn aus, zehn Personen waren dagegen. Das Gutachten geht jetzt an die Politik und der Rat entscheidet dann, ob die Seilbahn weiter geprüft wird.

Das Bürgerbeteiligungsverfahren ist damit zuerst einmal durchaus erfolg-

reich. Nicht unbedingt, weil eine Mehrheit sich für eine weitere Prüfung ausgesprochen hat, sondern weil das Dezernat für Bürgerbeteiligung eine beachtliche Leistung geliefert hat. Ein handfestes Ergebnis von Herrn Beigeordneten Panagiotis Paschalis und seinen Mitarbeiter*innen. Die Bürgergutachter*innen empfahlen die Teilnahme an einem solchen Verfahren uneingeschränkt weiter. Die Teilnehmenden sahen die Veranstaltung als neutral und fair an. Auch mit den Inhalten und dem Ablauf der Veranstaltung war man zufrieden. An alle Beteiligten darum ein herzliches Dankeschön! Handfest bedeutet natürlich auch, dass die Bürgergutachter*innen

die Stärken und Schwächen des Seilbahnprojekts klar benannt haben. Diese müssen jetzt aufgearbeitet werden. So sind laut einigen Teilnehmer*innen die Finanzierung des Projekts und mögliche Planungs- und Folgekosten insgesamt unklar und unvollständig dargestellt. Die Seilbahn wird teilweise immer noch als Prestigeobjekt betrachtet und es sollen günstigere Alternativen geprüft werden. Diese Bedenken der Bürgergutachter*innen sind wichtig. Sie zeigen, dass gute Arbeit geleistet wurde und noch viel Arbeit vor uns liegt. Das Votum war insgesamt eindeutig: Ja! zur Weiterführung der Seilbahnplanung.



WIR WÜNSCHEN IHNEN UND
IHRER FAMILIE EINE ENTSPANNT
UND SCHÖNE WEIHNACHTSZEIT!

AKTUELLE FINANZSITUATION DER STADT

MEHRKOSTEN DÖPPERSBERG UND NACHTRAGSHAUSHALT



In der Ratskommission Döppersberg brachte der Stadtkämmerer Dr. Slawig am 26.10. die neuen Zahlen auf den Tisch: 153,5 Millionen Euro soll der Umbau Döppersberg Stadt und Land jetzt kosten, 13 Millionen mehr als nach der letzten Prognose. Dazu kommen die privaten Investitionen. Zusammen gerechnet dürften es inzwischen mehr als 300 Millionen Euro sein.

Woher kommen die Mehrkosten?

Etwa sechs Millionen gehen auf Konto des Primark-Investors, der nicht bereit war, Verschönerungen zu bezahlen bzw. Abstimmungsprobleme durch den Parallelbau von Mall und Primark-Gebäude geltend machte. Die Rechtsberatung für diverse Klagen, die Stadt und Baufirmen sowie der erste Architekt JSWD miteinander führen, verschlingt 800.000 Euro. In der neuen Gesamtsumme steckt jetzt noch ein Risikopuffer von 6,1 Millionen Euro. Dr. Slawig machte am 26.10. deutlich, dass ein neuer Ratsbeschluss zu den

Gesamtkosten und ein Nachtragshaushalt notwendig sind. Beides soll im Rat am 19.12. beschlossen werden.

Und woher kommt das Geld?

Die Mehrkosten können zur Hälfte aus der Einplanung von zusätzlichen Veräußerungserlösen aus dem Verkauf von Fondsanteilen, die seinerzeit zur Finanzierung von Regionale-2006-Projekten angelegt wurden, gestemmt werden. Die anderen 6,5 Millionen Euro werden im Rahmen der zugestandenen Kreditermächtigungen, also ohne Ausweitung, über Kredite finanziert. Diese Investitionen werden in den Investitionsprogrammen 2018/2019 bzw. 2020 in Höhe von jeweils 2 bzw. 2,5 Millionen Euro berücksichtigt. Dieser Spielraum entsteht dadurch, dass bisher eingeplante Maßnahmen nicht mehr oder nur zeitlich verzögert durchgeführt werden.

Mit dem Nachtragshaushalt wird dieser Betrag zunächst nicht in den Jahren bis

2020 eingeplant, sondern ist in einer Summe im Zeitraum „nach 2020“ vorgesehen. Dr. Slawig erwartet, dass das für Ende 2016 nach dem Stärkungspakt Stadtfinanzen mit dem Land vereinbarte Ziel von nur noch 11,5 Millionen Euro Defizit erreicht wird. 2017 soll dann ein kleines Plus erwirtschaftet werden. Die 13 Millionen Euro Mehrkosten können finanziert werden, wir GRÜNEN finden sie aber ärgerlich, weil das Geld für andere Investitionsprojekte eingesetzt werden könnte.

In der Ratssitzung am 14.11. machte Dr. Slawig deutlich, dass in Nachtragshaushalt Mittel nur für die Mehrkosten Döppersberg, die Umsetzung des Landesprogramms Gute Schule und die Umsetzung des Haushaltssicherungsplans vorgesehen sind. Also gibt es keine Erhöhung für den sozialen Bereich, z.B. die Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände. Wir werden noch diskutieren, wie wir uns zum Nachtragshaushalt verhalten.

KULTUR IM TAL

UMBAU DES ENGELS-HAUSES

Den Fraktionen im Kulturausschuss der Stadt Wuppertal wurde in der Sitzung am 7.9.2016 unter dem Punkt „Verschiedenes“ von Kulturdezernent Matthias Nocke mit zwei Sätzen erklärt, dass das Engels-Haus ab dem 1.11.2016 für vier Jahre geschlossen würde. Dies vor dem Hintergrund, dass der Kulturausschuss sei Ende des Jahres 2013 keine Informationen zum Um- und Ausbau des Engels-Hauses bekommen hatte und viele Fragen ungeklärt waren. Aus diesem Grund hat der Kulturarbeitkreis der GRÜNEN das Karl-Marx-Haus in Trier besucht und sich darüber informiert, wie die Stadt Trier sich zum Umbau des Hauses aufgestellt hat. Der Informationsbesuch mündete in eine große Anfrage für den Kulturausschuss am 2.11.2016, die am 6.10.2016 in das Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Zu unserer Freude wurde die Stadt am 7.10.2016 aktiv und es stand ein Artikel zum Engels-Haus in der Westdeutschen Zeitung. Er informierte über den Umbau des Hauses und der Tenor lautete: „Die Planung

fürs Engels-Haus läuft an“. Allerdings wurde wieder einmal die Öffentlichkeit eher informiert als der Kulturausschuss der Stadt.

Dies zieht sich wie ein roter Faden durch alle Tätigkeiten des Kulturdezernenten Matthias Nocke und macht keinen guten Eindruck – trotz des Engagements, das wir ihm nicht absprechen wollen. Schon die nächste Kulturausschusssitzung am 2.11.2016 brachte dann eine große Diskussion mit reger Teilnahme aller Fraktionen zu unserer Frage, ob es ein modernes, zeitgemäßes museumsdidaktisches Konzept für das dann neue Engels-Haus geben würde. Trotzdem wurde leider auch über vier Wochen nach unserer großen Anfrage zum Engels-Haus keine Antwort gegeben. Dies ist umso bedauerlicher, als dass Anfragen der großen Kooperation aus SPD und CDU häufig noch am selben Tag beantwortet werden.

Aber die GRÜNE Ratsfraktion wird im Sinne der Wuppertaler*innen weiter bohren und Informationen zum Thema öffentlich machen. Versprochen!



GASTBEITRAG: GEPA – KEIN ABSATZ UM JEDEN PREIS

VON AXEL FREVERT FÜR DEN KREISVERBAND VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WUPPERTAL

Die GEPA ist ein mittelständisches Handelsunternehmen im Wuppertaler Westen. 166 Mitarbeiter*innen, 68,8 Millionen Euro Umsatz, ein modernes Hochregallager und freundliche Büros.

Für 2017 werden ehrgeizige 75 Millionen Euro Umsatz angepeilt. Aber die GEPA ist vor allem „The Fair Trade Company“ und damit ein sehr ungewöhnlicher Betrieb. Die Hauptgesellschafter sind Träger der katholischen und evangelischen Kirche, und ihre Ziele sind politisch und nicht wirtschaftlich. In ihrem Kriterienkatalog von 1977, der stark von der Dritte-Welt-Laden-Bewegung beeinflusst war und ist, bekennen sie sich zur Befreiung aus wirtschaftlicher, sozialer und kultureller „Unterentwicklung“ durch fairen Handel und Bildungsarbeit.

Gute Gründe für die GRÜNEN Wuppertal, eingeladen vom Arbeitskreis Wirtschaft (Lutz Weidner und Marc Schulz), das Gespräch mit der GEPA zu suchen. Der Geschäftsführer Matthias Kroth, die Pressereferentin Brigitte Frommeyer und die politische Referentin Veselina Vasileva ließen keine Frage unbeantwortet und fügten ihre eigenen hinzu: Wie hält es die Stadt Wup-



Foto: © GEPA – The Fair Trade Company

pertal mit dem Anspruch, „Fair Trade Town“ zu sein? Genügt es, Orangensaft und Kaffee für Konferenzen im Rathaus fair zu beziehen, oder ist nicht mehr Engagement gefordert?

Die GEPA hat eine politische Grundsatzabteilung mit vier Beschäftigten – mehr als die meisten DAX-Konzerne. Sie ist Mitglied der „Fair Trade Organisation“, die für Produzent*innen eintritt, die gute Produkte zu fairen Handelsbedingungen herstellen. Sie berücksichtigt soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte. „Das geht weit über ein

schlichtes Verständnis von Nachhaltigkeit hinaus“ erklärt Veselina Vasileva. Matthias Kroth macht das am Hauptumsatzträger Kaffee deutlich: Bei Fair Trade wird der Mindestpreis von 140 US\$ für 100 amerikanische Pfund Kaffee (= 45,3 kg) bezahlt. Auch wenn der Börsenpreis weit darunter liegt. Hinzu kommen eine Bio-Prämie und Mittel für die Bildungsarbeit, Schulungen usw. Liegt der Börsenpreis höher, wird der höhere Preis bezahlt. 2015 konnte die GEPA den Bäuer*innen einen Preis von 190 US\$ zahlen. Zudem erhalten

die Genossenschaften einen Vorschuss von 60% auf die Ernte zu subventionierten Zinsen. Mehr als 160 Genossenschaften weltweit profitieren von dieser Handelsorganisation. Wandel durch sozialen Handel. Im Mittelpunkt aber, so Brigitte Frommeyer, stehen die Werte, nicht der Umsatz. Deshalb sieht die GEPA die Inflation von Fair Trade Siegeln sehr kritisch. Für sie gilt, so Matthias Kroth, „All that can be must be – das heißt, alle Bestandteile müssen nachverfolgbar Fair Trade zertifiziert sein“. Das abgespeckte „Fair Trade Siegel“ von Fair Trade International lässt in Mischprodukten wie z.B. Schokolade auch andere Bestandteile zu. Letztlich reichen 20% aus, um das verkaufsfördernde Siegel zu erlangen. Gut für die großen Lebensmittelkonzerne, aber nicht für die Produzenten. „Unser ‚Fair Trade Siegel‘“ betont Brigitte Frommeyer, „ist ein Programmsiegel, kein Produktsiegel“. Die GEPA wurde für ihren Ansatz mit vielen Preisen ausgezeichnet, zuletzt mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2014 und 2015 mit der Goldmedaille für Nachhaltigkeitskommunikation der Verbraucher Initiative. Immer mehr Konsument*innen richten ihren Konsum

nach ökologischen und sozialen Kriterien aus. Dennoch handelt es sich um ein Randphänomen: „Die GEPA setzt in einem Jahr um, was große Handelskonzerne in zwei Stunden über die Ladentheke bringen. Der Gesamtumsatz fair gehandelter Produkte liegt bei etwas über einem Prozent aller Waren“, so der Geschäftsführer Matthias Kroth. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Und mittlerweile sind die GEPA-Produkte nicht nur in den Eine-Welt-Läden (früher Dritte-Welt-Läden), sondern auch in allen großen Supermärkten erhältlich.

An die Wuppertaler GRÜNEN im Rat und in der Partei wurde die Bitte gerichtet, sich bei Ausschreibungen noch mehr für nachhaltige Produkte einzusetzen. Frühere Anträge der Fraktionen sind regelmäßig an der GroKo gescheitert. Grundsätzlich würde es Wuppertal als Fair Trade Town gut anstehen, bei der Anschaffung von Schulbedarf und Lebensmitteln für Schulen und Kindergärten ausschließlich auf fair gehandelte und nachhaltige Produkte zu setzen. „Wir werden es – wieder – angehen“, versprach die GRÜNE Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Bettina Brücher.

RATS-CHRONIK NOVEMBER 2016

Verkaufsoffene Sonntage

Nachdem ver.di mit Erfolg gegen die Durchführung von zwei verkaufsoffenen Sonntagen klagte, stellte die FDP einen Dringlichkeitsantrag, dass zumindest der 4.12. „rechtssicher“ wieder verkaufsoffen gestaltet werden solle. Zu Beginn der Debatte gab OB Mücke bekannt, dass es am nächsten Tag einen runden Tisch mit allen Beteiligten gebe, der die Durchführung des verkaufsoffenen 4.12. zum Ziel hat. Wir betonten, dass für uns der besonderen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel und die rechtssichere Umsetzung der Landesvorgaben ausschlaggebend ist.

Lärm- und Luftschadstoffbelastungen an Landes- und Bundesstraßen

Wir GRÜNEN befürchten, dass der Ausbau der A 46 am Westring und der L 419 in Ronsdorf weitere Luft- und Lärmbelastungen für die Anwohner*innen nach sich ziehen wird. Deshalb stellte unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert eine Anfrage, in der wir unter anderem wissen wollten, wie sich die Stadt darauf vorbereitet und welche Maßnahmen sie konkret zum Schutz der Menschen treffen wird. Die Verwaltung antwortete zur Ratssitzung am 14.11., dass beispielsweise die Anwohner*innen des Boltenbergs kein Recht auf erhöhten Lärmschutz haben, da die gültigen Grenzwerte dort auch nachts eingehalten werden, die Daten seien allerdings von 2013 und würden bis Anfang nächsten Jahres aktualisiert.



Archivfoto: Jörg Lange

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen

Die GRÜNEN stellten den Antrag, dass die Verwaltung einen Bericht zur gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen vorlegen soll. Für uns GRÜNE ist die bedarfsgerechte medizinische und psychosoziale oder psychologische Versorgung von Flüchtlingen ein wichtiger Beitrag zur Integration, denn viele Menschen leiden nach ihrer Flucht vor Krieg oder Terror unter gesundheitlichen Einschränkungen. Sie sind häufig traumatisiert und benötigen entsprechende gesundheitliche und psychologische Versorgung. Der Rat stimmte dem Antrag mit großer Mehrheit zu.

Ein Wuppertal für alle – Handlungsprogramm Inklusion

Die Fortschreibung des Handlungskonzeptes Inklusion ist sehr erfreulich. Der Bericht fordert Verwaltung und Politik dazu auf, Inklusion in Wuppertal konkret anzuwenden. Wir GRÜNEN wiesen sie auf konkrete Vorschläge hin, wie Inklusion umgesetzt werden kann. Für die meisten Menschen ist der Zustand der Nichtbehinderung nur vorübergehend, deshalb nutzt das Engagement für ein inklusives Lebensumfeld früher oder später uns allen.

Radstation am Döppersberg

Für die GRÜNEN steht fest: Wuppertal soll Fahrradstadt werden. Dazu

gehören Radwege, aber auch Möglichkeiten, das Rad sicher abzustellen. Die Verwaltung legte nun eine abgepeckte Version einer Radstation am Döppersberg vor, in der 120 Doppelparker für normale Fahrräder vorgesehen sind plus 30 Boxen für E-Bikes. Wir GRÜNEN hätten uns mehr Abstellplätze gewünscht und für Radfahrende auch die Erreichbarkeit der Radstation von der Elisabeth-Schniewind-Straße.

Übernahme von Trägeranteilen für neu geschaffene Plätze in Kitas

Die GRÜNEN begrüßten die Drucksache „Übernahme von Trägeranteilen für neu geschaffene KITA-Plätze“ und machten deutlich, dass damit ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde, indem die freien Träger beim Bau und Betrieb von Kitas finanziell entlastet werden. Weitere Schritte müssen folgen, immerhin fehlen in Wuppertal noch immer 1.000 Betreuungsplätze, damit der Rechtsanspruch erfüllt werden kann.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher, Susanne Fingscheidt, Marcel Gabriel-Simon, Klaus Lüdemann, Regina Orth, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Frank ter Veld, Peter Vorsteher

Gastbeiträge und -kommentare:

Jutta Velte MdL, Bergische Landtagsabgeordnete der GRÜNEN

Axel Frevert, Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Joachim Heiß, Alte Feuerwache e. V.

Satz und Gestaltung:

werkmarie, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

Druck:

talevent GmbH, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal Auflage: 29.000

Diese Ausgabe liegt u. a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e. V., Simonsstraße 36; AstA, Berg. Universität; Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4; die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold, Untergrünwalderstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38; Zentral- und Stadtbibliothek. Die Abgabe ist kostenlos!

GEHEIME ANLAGEN DER STADTVERWALTUNG

■ GRÜNE DECKEN AUF

Mit einer Anfrage im Finanzausschuss haben wir bisher unbekannte Anlagen der Stadt in Kommunalfonds von Investmentgesellschaften aufgedeckt. Dies war eine Folge eines Antrags in der Ratssitzung am 19.9.2016. Wir hatten gefordert, dass die Stadt ihre Investitionen an Nachhaltigkeitskriterien ausrichtet, also nur noch in klimafreundliche und sozialverträgliche Anlagemöglichkeiten investieren soll. Mit der Antwort auf unsere Anfrage ist es jetzt öffentlich und für alle im Internet nachlesbar: Insgesamt 115,6 Millionen Euro hat die Stadt in Fonds investiert. Darunter sind 35,3 Millionen Euro für den Eigenanteil der Stadt am Projekt Döppersberg. Diese Mittel wurden in Spezialfonds der Lazard Asset Management und der Deutsche Asset Management geparkt, teilweise seit 2004.

Eine Angabe zur Wertentwicklung der Anlagen seit Anschaffung hat die Verwaltung nachgereicht. Zum Teil wur-

den gute Renditen erwirtschaftet. Wir wollen, dass die Verwaltung eine örtliche Anlagenrichtlinie für kommunale Finanzrücklagen zur Entscheidung vorlegt. Soweit rechtlich zulässig, soll diese Richtlinie auch für städtische Beteiligungen und Konzerntöchter gelten.

Als ethische Mindeststandards gelten für uns folgende Prinzipien:

Die Stadt Wuppertal und die von ihr gezeichneten Spezialfonds werden künftig keine Beteiligungen mehr an Unternehmen halten, die

- die Verletzung von Menschenrechten zu verantworten haben,
- Kinderarbeit zulassen,
- Militärwaffen herstellen oder vertreiben,
- auf Atomkraft oder nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien wie Kohle oder mit Fracking gewonnenes Erdgas setzen,
- Gasgewinnung mit Fracking betreiben.

VORGESTELLT:



MARC SCHULZ

„Mit Marc geht das“ – mit diesem vielbeachteten Slogan zog Marc Schulz im vergangenen Jahr als GRÜNER Kandidat in den Oberbürgermeister-Wahlkampf und erreichte aus dem Stand trotz eines im Vergleich zu seinen Mitbewerbern von CDU und SPD bescheiden anmutenden Budgets 12,4 % der Stimmen und somit das beste Ergebnis, das je ein GRÜNER OB-Kandidat in Wuppertal erzielt hat.

Auch wenn es nicht für eine große Überraschung reichte, stellt diese mit drei Monaten äußerst kurze Kampagne für ihn eine der wichtigsten Erfahrungen dar, war sie doch ein lehrreicher Crashkurs, der Einblick in viele unterschiedliche Themenfelder ermöglichte. Seit 2004 sitzt der Vater von drei Kindern für die GRÜNEN im Wuppertaler Stadtrat und ist seit 2014 gemeinsam mit Anja Liebert Fraktionsvorsitzen-

der. Eine der ersten großen Debatten, die er als schulpolitischer Sprecher der Fraktion gleich zu Beginn meistern musste, war die von der Stadt geplante Abschaffung des kostenlosen Schulmittagessens für Kinder aus armen Familien. Der Einsatz der GRÜNEN für den Erhalt dieses wichtigen Angebots war zumindest teilweise erfolgreich: Auf Vorschlag des Rates wurde damals ein Förderverein gegründet, der mithilfe von Spenden unter anderem der Stadtparkasse wenigstens einen Teil der Kosten übernehmen kann. Noch heute engagiert sich Marc im Beirat des Vereins, da es für ihn eine Selbstverständlichkeit darstellt, dass jedes Kind unabhängig von seinem Elternhaus an Bildung teilhaben soll – und dazu gehört auch eine warme Mahlzeit in der Schule. Überhaupt hat die Schulpolitik von Beginn seiner Tätigkeit

als Stadtverordneter an eine zentrale Rolle für ihn gespielt, sei es in seiner Eigenschaft als langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für die städtischen Gebäude oder auch aktuell als stellvertretender Vorsitzender des Schulausschusses.

Darüber hinaus setzt er sich seit Jahren für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in unserer Stadt ein, zwei Themen, zu denen er in seiner Zeit als Mitarbeiter der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung an der Uni Wuppertal auch praktische Erfahrung durch die Organisation und Umsetzung von Beteiligungsverfahren sammeln konnte.

Dabei ist für ihn ganz klar, dass an der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die politische Arbeit alle Beteiligten in Politik und Verwaltung mitarbeiten müssen. Die Bestellung eines Dezernenten für Bürgerbeteiligung sieht er vor diesem Hintergrund eher kritisch, da seines Erachtens hierdurch die Gefahr besteht, dass die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für dieses Thema wieder von der Politik an die Verwaltung delegiert und statt in Beteiligungsverfahren in Verwaltungsstrukturen investiert wird. Beispiele wie die erfolgreich verhinderte Bebauung des Carnaper Platzes oder der derzeitige Widerstand gegen die geplante Schließung der Bürgerbüros in den Stadtteilen zeigen, dass die Menschen ihr Recht in Anspruch nehmen, auch jenseits der Wahltermine Einfluss auf die Politik auszuüben und sich einzumischen. Transparenz, Beteiligung und eine bürgernahe Verwaltung sind für Marc daher die Grundvoraussetzungen für ein gelingendes Miteinander von Politik und Bürgerschaft.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ und unseren Newsletter regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.

